



---

## **Ausschuss für Migrationsangelegenheiten**

10. Sitzung (öffentlich)

8. November 2001

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.30 Uhr bis 11.35 Uhr

Vorsitz: Britta Altenkamp-Nowicki (SPD)

Stenograf: Christoph Filla

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

- 1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2002 (Haushaltsgesetz 2002) und Gesetz zur Änderung und Aufhebung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsbegleitgesetz 2002) und Gesetz zur Überleitung von Lehrkräften mit den Befähigungen für die Lehrämter für die Sekundarstufen I und II an Gymnasien und Gesamtschulen in die Besoldungsgruppe A 13 (höherer Dienst)**

1

Gesetzentwurf

der Landesregierung

Drucksache 13/1400 und 13/1700 (1. Ergänzung)

Vorlagen 13/877 und 13/878

**Einzelplan 15** - Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie

hier: Kapitel 15 060 und 15 510

Einzelberatungen gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Zu Einzelplan 05 - Ministerium für Schule, Wissenschaft und Forschung (in der Fassung der ersten Ergänzung)- , Kap.05 310 - Öffentliche Grundschulen -, Tit. 633 20 - Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Grundschulen zur vorschulischen und schulischen Förderung in der deutschen Sprache für Kinder aus Migrantenfamilien - ergibt sich vonseiten der CDU-Fraktion mit Blick auf die Überleitung des Fördertatbestandes in das MFJFG eine Nachfrage.

**2 Integrations-Initiative Nordrhein-Westfalen 3**

Vorlage 13/786

Der Ausschuss spricht sich einstimmig dafür aus, die Integrations-Initiative Nordrhein-Westfalen der Landesregierung mit der Integrations-Offensive des Parlaments zusammenzuführen.

**3 Integrationsbeauftragte/r der Landesregierung 3**

Der Ausschuss nimmt einen Bericht des Staatssekretärs Dr. Fischer (MASQT) entgegen. Dem schließt sich eine Aussprache an.

**4 Verschiedenes 7**

s. Diskussionsprotokoll

\*\*\*\*\*

### Aus der Diskussion

- 1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2002 (Haushaltsgesetz 2002) und Gesetz zur Änderung und Aufhebung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsbegleitgesetz 2002) und Gesetz zur Überleitung von Lehrkräften mit den Befähigungen für die Lehrämter für die Sekundarstufen I und II an Gymnasien und Gesamtschulen in die Besoldungsgruppe A 13 (höherer Dienst)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 13/1400 und 13/1700 (1. Ergänzung)  
Vorlagen 13/877 und 13/878

**Einzelplan 15 - Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie**

hier: Kapitel 15 060 und 15 510

Einzelberatungen gemäß Vereinbarung der Fraktionen

**Einzelplan 05 Ministerium für Schule, Wissenschaft und Forschung**  
(in der Fassung der ersten Ergänzungsvorlage)

**Kapitel 05 310 Öffentliche Grundschulen**

**Titel 633 20 - Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Grundschulen zur vorschulischen und schulischen Förderung in der deutschen Sprache für Kinder aus Migrantenfamilien**

Zur Begründung der Überleitung des Fördertatbestandes von der Zuständigkeit des MSWF in die des MFJFG (Kapitel 11 050 Titel 633 20 - Zuweisungen für Fachberater in Tageseinrichtungen für Kinder und besondere Fördermaßnahmen) macht **MR Pfaff (MSWF)** in Erwiderung auf eine Frage des **Willi Zylajew (CDU)** auf zwei ähnliche, bisher in unterschiedlichen Einzelplänen ausgewiesene Fördermaßnahmen aufmerksam: Das Schulministerium habe im Jahre 2001 landesweit 800 vorschulische Sprachkurse mit 2,4 Millionen DM gefördert, das Jugendministerium Einschulungshilfen.

Im Rahmen der "Integrations-Initiative" wolle die Landesregierung diese beiden Förderprogramme zusammenführen und einheitliche Förderrichtlinien erlassen; MSWF und MFJFG erarbeiteten sie zurzeit. Schließlich gehe es in beiden Fällen um die Förderung von Kindern im vorschulischen Alter.

Im Vergleich zum Haushalt 2001 weist der Haushalt 2002 eine Erhöhung dieser Mittel um 25 % aus. Insofern kompensierten die Zuwächse im Einzelplan des Jugendministeriums die Reduzierung der Mittel des Schulministeriums von 2,4 auf 1,6 Millionen DM.

**Michael Solf (CDU)** sind die Gründe für die bisher getrennte Etatisierung bzw. die jetzt vorgesehene Zusammenführung nicht nachvollziehbar.

**MR Pfaff (MSWF)** berichtet, die aus dem Etat des Schulministeriums geförderten Kurse im Halbjahr vor der Einschulung dienten dazu, den Übergang vom situationsbezogenen Lernen zum schulischen Lernen zu erleichtern, während der Haushalt des Jugendministeriums die Einschulungshilfen für Kinder, die keinen Kindergarten besucht hätten, ausweise. Inzwischen besuchten rund 90 % der Kinder aus Migrantenfamilien den Kindergarten. Somit verliere das Programm des Schulministeriums seine Berechtigung. In Zukunft solle eine Sprachförderung im Kindergarten über drei Jahre hinweg angeboten werden. Durch Verzahnung der bisherigen Maßnahmen in einem Gesamtkonzept beabsichtige man eine umfassende Sprachförderung im Elementarbereich in den einzelnen Einrichtungen.

Die CDU präferiere, stellt **Willi Zylajew (CDU)** klar, die Programme schwerpunktmäßig im Schulbereich anzusiedeln. - Die Aufstockung um 25 % reiche nicht aus; eine Vervierfachung der Mittel erscheine eher angemessen.

**Vera Dedanwala (SPD)** begrüßt die Zusammenführung der Mittel. Um ausreichende Sprachkenntnisse der Kinder vor Eintritt in die Schule zu gewährleisten gehörten die Mittel in den Kindergartenbereich, zumal auch die Integrations-Offensive verstärkt einen Schwerpunkt auf die sprachliche Erziehung in den Tagesstätten und Kindergärten setze.

Auch **Annegret Krauskopf (SPD)** spricht sich für eine Sprachförderung bereits im Kindergartenalter - die sprachliche Entwicklung der Kinder vollziehe sich ganz entscheidend im Elementarbereich - und nicht erst in der Schule - wie es die CDU befürworte - aus, ansonsten die Grundschule einem "Reparaturbetrieb" gleichkäme.

**Oda-Gerlind Gawlik (SPD)** verweist auf die auch in der Integrations-Offensive gesehene Notwendigkeit, gegebenenfalls Eltern bzw. Mütter von Migrantenkindern in die Sprachförderung einzubeziehen, und erkundigt sich, ob dieser Aspekt bei der Konzeption Berücksichtigung finde.

**Jamal Karsli (GRÜNE)** interessiert, wie die Betreuung von Kindern von Flüchtlingen und Asylsuchenden aussehe, die bereits im Einschulalter nach Deutschland kämen.

**Jutta Appelt (CDU)** möchte den Stundenumfang je Kindergruppe sowie die finanzielle Ausstattung der im Haushalt des Schulministeriums angesiedelten Kurse erläutern. - Die Förderung im Kindergartenalter schließt natürlich - soweit zu den Bedenken von Jamal Karsli - Förderung in der Schule, wenn nötig, nicht aus.

**MR Pfaff (MSWF)** kann aufgrund fehlender Zuständigkeit des MSWF keine Ausführungen zu Sprachkursen für Eltern bzw. Mütter machen. - Die Förderrichtlinien des Schulministeriums für 2001 hätten den Müttern allerdings die Möglichkeit eröffnet, an den Kursen für ihre Kinder teilzunehmen, soweit die Kursleiter dies billigten.

Die Frage des Abgeordneten Karsli beantwortet der Ministeriumsvertreter dahin gehend, dass für Kinder ohne jegliche Sprachkenntnisse während des Schuljahrs Förderklassen eingerichtet würden. In diesen stehe der Deutschunterricht an erster Stelle, um eine schnellstmögliche Eingliederung des Kindes in eine Regelklasse zu erreichen.

An Jutta Appelt gewandt führt Pfaff aus, dass die erwähnten 2,4 Millionen DM nach den Schülerzahlen auf die Bezirksregierungen aufgeteilt worden seien. Bei den Bezirksregierungen seien 736 Kurse beantragt worden. Nach der Verdoppelung der Mittel für das Haushaltsjahr 2001 durch den Landtag habe eine Förderung aller 736 bei den Bezirksregierungen beantragten Kurse sichergestellt werden können. Die Rahmenvorgabe sehe vor, dass diese Kurse während des gesamten zweiten Schulhalbjahres laufen sollten, und zwar mit sechs Stunden in der Woche, was bei 20 Schulwochen 120 Stunden ausmache. Das Land habe je Stunde 25 DM als Zuschuss zu den Personalkosten gewährt, welchen die meisten Schulen als Honorar gezahlt hätten.

## **2 Integrations-Initiative Nordrhein-Westfalen**

Vorlage 13/786

Der **Ausschuss** spricht sich einstimmig dafür aus, die Integrations-Initiative Nordrhein-Westfalen der Landesregierung mit der Integrations-Offensive des Parlaments zusammenzuführen.

## **3 Integrationsbeauftragte/r der Landesregierung**

**Staatssekretär Dr. Fischer (MASQT)** äußert sich wie folgt:

Ich darf vorab darauf hinweisen, dass wir in Nordrhein-Westfalen für unsere Integrationspolitik über eine im Vergleich zu anderen Ländern sehr gute Infrastruktur